

**Wie erreichen die Grünen
die älteren Wähler*innen besser als bisher?**

Vortrag auf der Veranstaltung

„Zukunft Alter“

Bundesweites Treffen der Grünen Alten

Am 22. September 2018 in Frankfurt a.M.

Prof. em. Dr. Lothar Probst

Institut für Politikwissenschaft (Universität Bremen)

www.lotharprobst.de

Wie erreichen GRÜNE ältere Wählerinnen und Wähler besser als bisher?

1. Blickt man auf die Sozialstruktur grüner Wähler*innen, fallen folgende Befunde ins Auge:
 - Grüne profitieren überproportional von der Wahl durch
 - Frauen,
 - Gebildete und
 - junge Wähler*innen.
 - Ihre Achillesferse sind jedoch die Wähler*innen über 60

Diese Entwicklung zieht sich bis zur letzten Bundestagswahl durch alle Wahlergebnisse für die Grünen. In der folgenden Tabelle werden jedoch nur die grünen Ergebnisse der Bundestagswahlen 2005 bis 2017 dargestellt. Dabei zeigt sich, dass – wie in allen anderen Altersgruppen – auch die älteren Frauen bei jeder dieser Wahlen stärker für die Grünen votierten als die Männer.

Tab. 1: Wahlergebnis der Grünen in Altersgruppen über 60* bei Bundestagswahlen seit 2005 (in Prozent)

Bundestagswahlen	Männer	Frauen	Ergebnis alle Altersgruppen
2005 (60 und älter)	3,4	4,4	8,1
2009 (60 und älter)	4,6	5,4	10,7
2013 (60 bis 69)	5,3	6,3	8,4
2013 (70 und älter)	3,0	3,6	-
2017 (60 bis 69)	5,8	7,4	8,9
2017 (70 und älter)	3,3	4,2	-

* Quelle: Repräsentative Wahlstatistik 2017 des Bundeswahlleiters

Seit 2013 wird in der Repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters in den Altersgruppen bei den älteren Wähler*innen außerdem zwischen den 60- bis 69-Jährigen und den 70-Jährigen und älter unterschieden. Dabei zeigt sich, dass in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen das Wahlergebnis für die Grünen deutlich höher ausfällt als in der Altersgruppe der über 70-Jährigen. Außerdem nähert sich der Wert bei den 60- bis 69-Jährigen Frauen sogar fast dem Wert des Gesamtwahlergebnisses der Grünen an. Man kann hier einen 68er-Effekt erkennen. Aus dieser Generation werden in den nächsten Jahren

immer mehr ins Rentenalter entlassen. Das kommt den Grünen zwar entgegen, weil sie durch solche sozialisierenden Generationseffekte (ähnlich wie die CDU früher von der Adenauer-Generation und die SPD von der Willy-Generation elektoral profitierten) in den nächsten Jahren auch bei älteren Wähler*innen voraussichtlich zulegen wird, aber das ist kein Selbstläufer – zumal in Ostdeutschland dieser Effekt nicht zu erwarten ist. Gleichwohl können die Grünen in Wahlkampagnen, die auch die Älteren als Zielgruppe stärker ins Visier nehmen, kulturell an das Erbe der 68er anknüpfen, zumal sie in dieser Generation quasi als natürliches Gegengewicht zur AfD wahrgenommen werden.

- Die Grünen sollten in Zukunft dem sogenannten doppelten Kohorteneffekt mehr Aufmerksamkeit schenken, weil er für die Ergebnisse bei Wahlen immer wichtiger wird: Die Älteren stellen nicht nur die größte Gruppe der Wähler*innen, sondern sie nehmen auch überproportional an Wahlen teil. Umgekehrt schrumpft der Anteil von jüngeren Wähler*innen, die zugleich unterproportional an Wahlen teilnehmen. Dieser Effekt führt dazu, dass trotz eines relativ schlechten Wahlergebnisses der Grünen von nur 5,4 Prozent unter den Wählern über 60 bei der Bundestagswahl 2017 dieses Ergebnis mit ca. 2 Prozent zu dem Gesamtergebnis der Grünen von 8,9 Prozent beiträgt. Das übertrifft sogar noch leicht den Anteil der Jungwähler*innen zwischen 18 und 29, die mit 14,5 Prozent abgegebener Stimmen für die Grünen nur mit 1,9 Prozent zum Gesamtergebnis der Grünen beitragen (siehe Tab. 2). Bei einer hypothetisch angenommenen Verdoppelung des Wahlergebnisses unter den Wählern über 60 Jahren (Ausgangsbasis Bundestagswahl 2017) würden die älteren Wähler*innen der Grünen sogar mit 4 Prozent zum Gesamtergebnis des grünen Wahlergebnisses beitragen. Eine Anstrengung in diese Richtung lohnt sich also auf jeden Fall.

Tab. 2: Anteil ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtwählerschaft unter besonderer Berücksichtigung der Grünen bei der Bundestagswahl 2017

Bundestagswahl 2017	Wahlberechtigte	Wähler	Anteil an Gesamtwählerschaft	Wahlergebnis der Grünen in der jeweiligen Altersgruppe	Anteil am Wahlergebnis der Grünen
18 – 29 Jahre	ca. 9 Mill.	6,3 Mill.	13 %	ca. 14,5 %	1,9
60 und älter	ca. 22 Mill.	17 Mill.	37 %	ca. 5,4 %	2,0
60 und älter	ca. 22 Mill.	17 Mill.	37 %	ca. 10,8 %**	4,0

* Quelle: Repräsentative Wahlstatistik 2017 des Bundeswahlleiters

**Hypothetisch angenommenes Wahlergebnis

3. Alle Versuche, mit einer allein auf ältere Wähler*innen fokussierten Politik, Wahlerfolge zu erzielen, wie es die Grauen/Grauen Panther bzw. die Rentnerpartei seit 1990 versucht haben, sind in der Vergangenheit gescheitert.

Tab. 3: Wahlergebnisse der Grauen/Grauen Panther und der Rentnerpartei Deutschlands bei Bundestagswahlen zwischen 1990 und 2009 (in Prozent)

Bundestagswahlen	Die Grauen/Graue Panther
1990	0,8
1994	0,5
1998	0,3
2002	0,2
2005	0,4
	Rentnerpartei Deutschlands
2009	0,1

Quelle: Bundeswahlleiter

Bei der Mobilisierung älterer Wähler*innen wird meistens unterschätzt, dass ältere Wähler*innen sehr heterogene Interessen haben können und Unterscheidungen getroffen werden müssen:

- Zwischen der wachsenden Gruppe derjenigen, die noch vor der Rente stehen, aber bald in die Rente kommen und denen, die bereits in Rente sind.
- Zwischen den jungen (häufig noch fitten) Alten und den älteren (häufig weniger mobilen und gebrechlichen) Alten.
- Zwischen den sozial Abgesicherten und denen mit geringer Rente.
- Zwischen älteren Frauen und Männern.
- Zwischen denen mit Kindern und denen ohne Kinder.
- Zwischen Alleinlebenden und den in Partnerschaft Lebenden.
- Zwischen den auf dem Land Lebenden und den in der Stadt Lebenden.

Eine grüne Politik für Ältere sollte diesen Unterschieden Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen: A) Brauchen die Grünen überhaupt eine eigene

Altenpolitik oder sollte dies eine Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder hinweg sein?

B) Wer sind die Adressaten grüner Altenpolitik und wie erreicht man sie besser?

Auf die erste Frage gibt bisher das grüne Bundestagswahlprogramm eine Antwort. Dort findet man altenpolitische Forderungen als Querschnittsaufgabe verstreut über mehrere Kapitel:

- Im Alter selbstbestimmt und würdevoll leben
- Mindest- bzw. Garantierente / Teilrente ab 60 (Altersteilzeit) – selbstbestimmt in Rente gehen
- Rentenlücke für Frauen schließen (Ehrenamt, Pflege, Kindererziehung für Rente berücksichtigen)
- Angleichung Renten Ost und West (vorsichtig Falle?)
- Ambulante Unterstützungsangebote (pflegende Angehörige)
- Gesundes Leben im Alter
- Altersgerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen
- Guter ÖPNV auch für Ältere

(Auszüge aus dem Bundestagswahlprogramm 2017)

Wie könnte man in Zukunft eine grüne Politik für Ältere sichtbarer machen und gezielter auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen der Älteren eingehen, ohne den Ansatz aufzugeben, dass es auch eine Querschnittsaufgabe ist? Mein Plädoyer wäre, ein eigenes Kapitel zur Politik für ältere Menschen in Wahlprogramme einzufügen und gleichzeitig an den passenden Stellen die Verbindung zu den verschiedenen Politikfeldern im Wahlprogramm herzustellen.

4. Was sind entscheidende Fragen für ältere Wähler*innen?

Für viele, die erst noch ins Rentenalter kommen, ist zunächst einmal die Frage nach einer zukünftigen sicheren und auskömmlichen Rente eine zentrale Frage. Besonders für (alleinstehende) Frauen, die lange in Teilzeit gearbeitet haben und nur eine kurze Erwerbsbiographie aufweisen, ist das ein Problem. Das gilt auch für diejenigen, die bereits im

Rentenalter sind, aber keine auskömmliche Rente haben und mit Gelegenheitsjob ihre Rente aufbessern müssen (manche arbeiten aber auch ganz gerne noch in Nebenjobs, nicht nur um ihre Rente aufzubessern). Auf alle, die Probleme mit einer auskömmlichen Rente haben, geben die Grünen mit ihrem Konzept der Mindest- bzw. Garantierente eine Antwort.

In Bezug auf den Unterschied zwischen den jungen, fitten Alten und den älteren Alten hat man dagegen den Eindruck, dass grüne Programmatik Ältere häufig undifferenziert als Objekte staatlicher Betreuung und als Bürger*innen, die man besonders schützen und umsorgen muss, ansieht. Gerade die jungen und fitten Alten mit solider Rente und guter Bildung haben aber Interesse an einer aktiven Gestaltung des Lebensabends: Reisen, Sport, bürgerschaftliches Engagement, Bildung und Weiterbildung sowie Freundschaften pflegen gehören zu den Beschäftigungen dieser Gruppe. Grüne Politik sollte Ältere in diesem Zusammenhang nicht als Objekt von staatlicher Betreuung und als besonders Schutzbedürftige begreifen, sondern als aktive Gestalter der Gesellschaft. Das schließt nicht aus, dass auch von staatlicher Seite aus die Infrastruktur für diese Gruppe der Älteren besser werden muss. Ob im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (alten- und bürgerfreundliche Innenstädte), der Bildung und Weiterbildung, des Sports, der Freizeitgestaltung und der versorgenden Infrastruktur im ländlichen Raum sind Lösungen, die älteren Menschen das Leben erleichtern, notwendig und hilfreich.

Einen großen Teil ihres Lebensabends kümmern sich Ältere nach wie vor um die Familie. Das betrifft nicht nur die Unterstützung der eigenen erwachsenen Kinder, insbesondere durch die Übernahme der Enkelkinderbetreuung, sondern zunehmend kommen die jungen Alten (60 bis 70 Jahre) in die Situation, gleichzeitig ihre älteren Eltern (über 90) sowie ihre Kinder (Enkelkinder) zu unterstützen. Bei letzterem werden sie verstärkt mit Problemen der nachwachsenden Generationen konfrontiert: Arbeitsbelastung im Job, Schule, Folgen von Trennungen. Ältere können dabei eine Brücke bilden zwischen eigener Erfahrung und neuen Herausforderungen. Gleichzeitig entwickeln sie eine hohe Sensibilität für Zukunftsfragen: Sie wünschen sich eine gesunde Umwelt für ihre Kinder und Enkelkinder, ein sicheres Auskommen und eine Aufrechterhaltung der europäischen Friedensordnung

(sie sind die erste Generation ohne eigene Kriegserlebnisse in Europa). Gerade in diesen Fragen finden sich viele Anknüpfungspunkte an grüne Programmatik.

Für alle älteren Altersgruppen gewinnen Fragen der Lebensqualität zunehmend an Bedeutung. Besonders in Phasen des Übergangs, wenn viele im höheren Alter nicht mehr so aktiv sein können wie direkt nach der Verrentung, sind eine gute gesundheitliche Versorgung (fehlende Ärzte auf dem Land, Nähe von Krankenhäusern, Ärztedichte) und die Angst vor einer unsicheren Zukunft (Alleinsein, Einsamkeit, Demenz, nicht mehr klar kommen) zentrale Fragen. Gerade unter grünnahen Älteren gibt es eine hohe Bereitschaft, selbstbestimmt das Alter zu gestalten und neue unkonventionelle Wege zu beschreiten (Altenwohngemeinschaft, Mehrgenerationshäuser), aber die meisten Älteren wählen einen traditionellen Weg nach der Verrentung (sie bleiben zu zweit oder allein in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus und gehen, wenn es nicht mehr geht, ins Altenheim). Grüne Politik muss für beide Gruppen bessere Lösungen anbieten: Verbesserung der Qualität der ambulanten Betreuung, Einrichtung von Betreuungsstützpunkte in den Nachbarschaften und Quartieren, Verbesserung der Pflegeausbildung und -bezahlung, Unterstützung für Angehörige, Ausbau der geriatrischen Abteilungen in Krankenhäusern, Förderung des Zusammenlebens von alt und jung (Mehrgenerationenhäuser, steuerrechtlich tragfähige Lösungen für Altenwohngemeinschaften, Alten- und Kinderheime nebeneinander bauen).

Ein wichtiger nicht zu unterschätzender Punkt ist auch die Angst vor Kriminalität und das Gefühl von Unsicherheit im Alter. Hier tut sich ein breites Feld von Maßnahmen auf: Prävention und Aufklärung durch Kontaktpolizisten im Quartier, Berücksichtigung der Interessen von Älteren in der Stadtgestaltung (kommt meistens auch anderen Gruppen zugute) wie Lichtgestaltung, barrierefreie Wege und Behördenzugänge usw. Da Vieles davon auf kommunaler Ebene passiert, müssen besonders die Kommunen unterstützt werden. Außerdem kommt es auf eine engere Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, privaten Trägern, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden an (Runde Tische).

Nicht vergessen sollte man auch, dass Altenpolitik nicht nur von staatlichen Akteuren gestaltet wird, sondern auch von haltstaatlichen und privaten Akteuren wie Post, Banken,

und Versorgern des täglichen Lebensbedarfs. Viele der dort angebotenen Dienstleistungen nehmen auf die Bedürfnisse älterer Menschen immer weniger Rücksicht..

Fazit: Die Grünen sollten den Älteren sowohl als Wähler*innen als auch als Bürger*innen, die aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken.